

Zur Vorgeschichte der Universität Potsdam – wichtige Weichenstellungen im Zeitraum der Wende (1989/90)

Prof. Dr. Axel Gzik

E-Mail: axel.gzik@web.de

1. Einleitung

Die Erfolgsgeschichte der Universität Potsdam, von der im Jahr des 25. Jubiläums ihrer Gründung vielfach gesprochen wurde, wäre ohne die richtigen Weichenstellungen im Jahr der Wende nicht möglich gewesen.

Im Frühjahr 2016 sind zwei Bücher zur Geschichte der Universität erschienen; eines von Prof. Görtemaker¹, das zweite von Prof. Marshall². In beiden Publikationen wird nur relativ wenig zur Vorgeschichte der Universität ausgesagt und von dem „Wenigen“ ist leider manches einfach falsch. Das trifft bedauerlicherweise auch auf einige Meinungsäußerungen und Presseinterviews³ zu, die bei Zeitzeugen wegen der sachlich unzutreffenden Aussagen Empörung ausgelöst haben.

Das hat mich, als Rektor der Pädagogischen Hochschule und Hauptakteur in dem bewegten Jahr der Wende, dazu veranlasst, auf dem Symposium am 2.12.2016⁴ in einem Statement wichtige Schritte auf dem Weg zur Universität in der Vorgeschichte anzusprechen.

2. Erweiterung und erhebliche qualitative Verbesserung der materiell-technischen Basis

Zu meinem Amtantritt als Rektor im März 1989 stand die Pädagogische Hochschule vor dem Ruin, denn die so dringend benötigten Investitionsmittel (60 Millionen Mark) zur Sanierung der maroden Infrastruktur waren aus dem Fünfjahrplan 1991-1995 herausgenommen und auf den Zeitraum ab 1996 verschoben worden. Wir hätten die Lehre und Forschung in vielen Instituten in den 90-iger Jahren nicht mehr gewährleisten können.

Am 18.12.1989 erhielt ich gegen 9.00 Uhr die Information, dass die Juristische Hochschule in Golm mit sofortiger Wirkung den Lehrbetrieb einstellen müsse. In mir keimte sofort die Hoffnung, durch Übernahme des gesamten Objektes die akuten, die Existenz bedrohenden Probleme unserer Hochschule durch Erweiterung und erhebliche qualitative Verbesserung der materiell-technischen Basis lösen zu können. Wir haben noch am gleichen Tag im Rektorat einen vierseitigen Antrag an den Ministerrat der DDR zur kompletten Übernahme der Juristischen Hochschule einschließlich der bereits für 1990 in den Haushalt eingestellten finanziellen Mittel in Höhe von 10,8 Millionen Mark ausgearbeitet und am Spätnachmittag des 18.12.1989 per Kurier an den Ministerpräsident Hans Modrow geschickt⁵.

¹ M.Gortemaker: 25 Jahre Universität Potsdam, Rückblicke und Perspektiven. be.bra verlag, Berlin 160 Seiten (2016).

² Marshall, B.: Die deutsche Wiedervereinigung in Akademia: West- und Ostdeutsche im Gründungsprozess der Universität Potsdam 1990–1994, 215 Seiten (2016).

³ Presseinterview M. Gortemaker, PNN 27.01.2016.

⁴ Symposium an der Universität Potsdam: Der schwierige Neuanfang. Die Gründung der Universität Potsdam. 2.12.2016.

⁵ Gzik, A.: Schreiben an Ministerpräsident Hans Modrow, 18. Dezember 1989, in: Archiv Universität Potsdam, PHP, Rep. 7034, Bl. 23–26.

Bis zum 29.12.1989 wurde eine umfassende Nutzungskonzeption für das Objekt in Golm erarbeitet und als Nachtrag/Präzisierung zum Antrag vom 18.12.1989 an den Ministerrat gesendet.

Mitte Januar 1990 erfuhren wir von einer Bürgerversammlung in Golm, in der es um die künftige Nutzung der ehemaligen Juristischen Hochschule gehen sollte. Wir haben dort neben vier weiteren Interessenten, der Gemeinde Golm, der LPG, dem Rat der Stadt und dem Rat des Bezirkes Potsdam, unser Nutzungskonzept vorgestellt und die Zustimmung der Bürger erhalten.

Warum wir? Weil wir ein umfassendes und letztlich überzeugendes Konzept zur weiteren intensiven Nutzung aller Immobilien und Einrichtungen vorgestellt haben, während die anderen Interessenten nur „Rosinen herauspicken“ wollten.

Worum ging es bei der Übernahme? Es ging um:

- 5 Hörsäle
- 20 Seminarräume
- 5 Computerkabinette
- 1 Fremdsprachenkabinett
- 210 Arbeitsräume für Mitarbeiter
- 781 Wohnheimplätze
- 650 m² Bibliothek mit Lesesaal
- 1 Buchverkaufsstelle
- 1 Mensa, Küchenkapazität für 1.100 Essenportionen
- 1 Wäscherei, 1 Druckerei, 1 Tischlerei
- 1 Kinderkrippe und 1 Kindergarten
- einen Medizinischen Dienst mit 5 Arztarbeitsplätzen, davon 1 Zahnarztplatz
- einen großen Fuhrpark mit Werkstatt

Während die Gemeinde Golm besonders an der Mitnutzung von Kinderkrippe und Kindergarten, dem Medizinischen Dienst sowie den Dienstleistungseinrichtungen interessiert war, ging es den anderen Mitbewerbern z.B. um den großen Fuhrpark, die Computer u.a. mobile Einrichtungen.

Wir haben den Bürgern zugesagt, die gewünschten Nutzungen mit der Gemeinde vertraglich zu regeln.

Unmittelbar nach diesem Bürgerforum haben wir mit der Inbesitznahme der Hochschule in Golm begonnen.

Warum diese Eile? Wir hatten vom Ministerrat nichts gehört und befanden uns de facto in einem rechtsfreien Raum. Deshalb mussten wir durch Übernahme der Einrichtung Fakten schaffen und so ein „Fleddern“ der Hochschule verhindern.

Wenn Frau Prof. Marshall⁶ in ihrem Buch schreibt, dass die Juristische Hochschule „gegen den Protest der umliegenden Gemeinden“ der Pädagogischen Hochschule „aufgrund ihrer ausgezeichneten politischen Beziehungen zur Staats- und Parteileitung“ zugeschlagen wurde, so ist das sachlich einfach falsch.

Der Beschluss des Ministerrates der DDR⁷ zum Wechsel der Rechtsträgerschaft trat erst mit Wirkung zum 01.03.1990 in Kraft.

⁶ Marshall ebenda S.28.

⁷ Beschluss des Ministerrates der DDR, AZ 12-10-90 vom 01.02.1990.

Ein ganz akutes Problem zur Sicherung der Existenz der Hochschule war durch das schnelle und beherzte Handeln des Rektorats gelöst.

3. Übergang zur Universität

Aber schon stand ein weiteres, sicher genauso großes Problem zur Lösung an.

Aus einer Arbeit von GIESE (1987)⁸ war mir bekannt geworden, dass in der Bundesrepublik seit 1965 die meisten Pädagogischen Hochschulen aufgelöst bzw. in Universitäten integriert worden waren.

Die Unabhängigkeit unserer Hochschule und die Arbeitsplätze von nahezu 900 Mitarbeitern waren in Gefahr; ein Anschluss an eine der Berliner Universitäten denkbar.

Deshalb haben wir uns bereits in der letzten Januarwoche im Rektorat darauf verständigt, den Übergang zu einer Universität in Potsdam vorzubereiten.

In der ersten Sitzung des Senats Anfang Februar 1990 stimmte dieser mehrheitlich der vorgelegten Rohfassung des Konzepts zur Gründung einer Universität zu.

Warum auch hier diese Eile? Auf der Sitzung der Rektoren der Berliner Universitäten am 15.02.1990 wurde ich von der Wissenschaftssenatorin von Westberlin, Frau Prof. Riedmüller-Seel, nach unseren Vorstellungen zur Zukunft unserer Hochschule befragt. Wahrheitsgemäß antwortete ich, dass wir uns auf den Weg in Richtung Universität begeben haben.

Strikte Ablehnung, Widerstand nicht nur von der Senatorin, sondern auch vom Vertreter des Wissenschaftsrates der Bundesrepublik. Begründung: Es sei nicht denkbar, dass sich eine Pädagogische Hochschule zu einer Universität entwickeln könne. Mir wurde bewusst, dass diese Hochschulpolitiker keine Kenntnisse von Struktur und Funktion der Pädagogischen Hochschulen in der DDR und vom universitären Charakter dieser Einrichtung im Gegensatz zu den Pädagogischen Hochschulen in den alten Bundesländern hatten. Deshalb habe ich unmittelbar nach dieser Sitzung einen Artikel mit dem Titel: „Zur Charakterisierung der Pädagogischen Hochschulen in der DDR“ verfasst. Leider erschien dieser Artikel erst im Oktoberheft 1990 in der Zeitschrift „Das Hochschulwesen“.⁹

Wir mussten also im Frühjahr weiterhin gegen den Widerstand von außen kämpfen. Vielleicht hat uns aber gerade dieser Gegenwind beflügelt, noch intensiver am Universitätskonzept zu arbeiten.

Auf dem 22. Konzil am 28.02.1990¹⁰ habe ich dann das inzwischen weiter gereifte Konzept zur Gründung einer Universität zur Diskussion gestellt. Kern der Universität sollten die Pädagogische Hochschule und die Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften in Potsdam-Babelsberg sein.

Prof. Wagenbrett, Rektor der Technischen Hochschule Cottbus und Prof. Röding, Direktor des Klinikum Potsdam, lehnten in Gesprächen im Februar die Integration der von ihnen geführten Einrichtungen in eine Potsdamer Universität ab. Das Rektorat der Technischen Hochschule Cottbus wollte den Weg in eine eigenständige Technische Universität gehen, während Prof. Röding dem Konzept einer Universität mit dem Klinikum als Kern einer Medizinischen Fakultät skeptisch gegenüberstand.

⁸ Giese, E.: Regionalwissenschaftlicher Bedeutung von Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Ernst Giese (Hrsg.): Aktuelle Beiträge zur Hochschulforschung. Gießen S. 25–50 (1987).

⁹ Gzik, A.: Zur Charakterisierung der Pädagogischen Hochschulen in der DDR. Das Hochschulwesen. 10, S.325 (1990).

¹⁰ Gzik, A.: Referat auf dem 22. Konzil vom 28.02.1990: „Zum Stand der Reformprozesse an der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam“. Hausdruck, WTZ 1/16/18/3.90/229.

Mit Blick auf die Universitätsgründung habe ich mir auch die Kaserne im Wildpark, die heutige "Henning von Tresckow"-Kaserne, sehr genau angesehen. Bei der Führung durch das Objekt durch einen Major der Nationalen Volksarmee wurde mir bewusst, dass hier ein weiterer idealer Standort der Universität entstehen könnte. Ich hätte dort gern ein reges wissenschaftliches und studentisches Leben gesehen. Doch mit der Übernahme der Kaserne durch die Bundeswehr ist dieser „Traum“ zerplatzt.

Am 11.04.1990 wurden wir auf der Veranstaltung „Hochschullehrer im Gespräch“ im „Kellermannhaus“ Potsdam durch die Diskussionsrunden der Hochschullehrer auf unserem Weg zur Universität bestätigt.

Das Rektorat hat vorgeschlagen, diesen Weg zur Universität über den Zwischenschritt einer „Brandenburgischen Landeshochschule“ zu gehen, da die Hochschule in Potsdam zunächst unter dieser Bezeichnung am 19.03. 948 durch den Befehl Nr. 45 der Sowjetischen Militäradministration gegründet und mit allen universitären Merkmalen und Rechten ausgestattet worden war. Mit unserem Konzept des Überganges der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“ in die „Brandenburgische Landeshochschule“ stießen wir zu dieser Zeit auch auf erheblichen Widerstand von „Innen“, der aber aus meiner Sicht eher politisch als inhaltlich begründet war.

Mit einem Flugblatt „Zurück oder vorwärts zur Brandenburgischen Landeshochschule?“¹¹ haben wir am 17.04.1990 die Notwendigkeit dieses Schrittes noch einmal detailliert begründet. Auf dem o.g. Konzil wurde mit Blick auf das Ziel der Universitätsgründung die Aufgabe beschlossen, Diplomfachstudiengänge in den Instituten auszuarbeiten und zum Wintersemester anzubieten.

Im Mai und Juni 1990 mussten wir weiter gegen die Vorstellungen des Wissenschaftsrats, des Wissenschaftsministeriums (Minister Prof. Meyer) und des Senats von Westberlin über die künftige Wissenschaftslandschaft im Großraum Berlin, nach denen die Entwicklung unserer Hochschule zu einer Universität in Potsdam nicht vorgesehen war, ankämpfen.

Auf der Berliner Wissenschaftskonferenz am 13.06.1990 verständigten wir uns darauf, dass der attraktive Großraum Berlin künftig deutlich mehr Studierende anziehen würde als bisher vorgesehen, so dass doch vier Universitäten benötigt werden würden. Das Präsidium der Rektorenkonferenz der DDR stimmte in seiner letzten Sitzung am 15.06.1990¹² meinem Vorschlag zur Universitätsgründung in Potsdam zu.

Nach weiterer Arbeit an dem Universitätskonzept wurde die Umbenennung dann auf einer Sitzung des Wissenschaftlichen Rates am 28.06.1990¹³, zur Abstimmung gestellt.

Von den 130 Stimmberechtigten gab es

- 92 Ja-Stimmen,
- 3 Gegenstimmen
- 35 Enthaltungen.

Dank dieser überwältigenden Zustimmung haben wir noch auf dieser Sitzung die Umbenennung unserer Hochschule in „Brandenburgische Landeshochschule“ vollzogen.

¹¹ Schrader, F., Gzik, A.: „Zurück oder vorwärts zur Brandenburgischen Landeshochschule?“: In: Hochschulzeitung Oktober 1990 Nr. 9.

¹² Gzik, A.: persönliche Aufzeichnungen.

¹³ Gzik, A.: Referat auf der Plenartagung des Wissenschaftlichen Rates vom 28.06.1990. Hausdruck, WTZ 1/16/18/5.90/40.

4. Neuorientierung in der Forschung

Als bisheriger Prorektor für Naturwissenschaften hatte ich einen sehr guten Überblick über die Forschungsleistungen. Im Gegensatz zu den sachlich völlig falschen Aussagen von Prof. Görtemaker in seinem Interview mit den „Potsdamer Neuesten Nachrichten“¹⁴ gab es in allen Fakultäten der Pädagogischen Hochschule eine intensive Forschungstätigkeit, verbunden mit zahlreichen Promotionen A und B, also einen zum wissenschaftlichem Arbeiten befähigten Mittelbau (s. auch „Offener Brief“)¹⁵. Besonders in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät bestanden viele Kooperationsverträge mit der Industrie und Landwirtschaft, über die erhebliche finanzielle Mittel an die Hochschule und die Forschungsgruppen „gespült“ wurden. Wir würden das heute als erfolgreiche „Einwerbung von Drittmitteln“ bezeichnen. Prof. Marshall bezeichnet diese Forschung aber als „sogenannte Auftragsforschung“¹⁶. Warum diese Polemik, Frau Marshall?

In den ersten Monaten des Jahres 1990 gingen viele unserer Vertragspartner in Insolvenz, brachen weg. Es ging also um eine Neuorientierung auf Vertragspartner in den alten Bundesländern und in Westberlin, um die Nutzung der staatlichen Fördertöpfe der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) sowie um Verträge mit Stiftungen wie z.B. der Volkswagenstiftung oder der Alexander-von-Humboldt-Stiftung. Da nahezu alle Forschungsgruppenleiter der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät Erfahrungen mit der Vertragsforschung hatten, war ich mir sicher, dass wir recht bald neue Verträge zur Einwerbung von Drittmitteln abschließen würden.

5. Reform der Lehre

Wenn Frau Marshall den späteren Ersten Prorektor, Prof. Kempter, in dem Sinne zitiert, „dass wirkliche Veränderungen an der PH erst ab Sommer 1990 eintraten“¹⁷, so habe ich das mit meinen bisherigen Ausführungen bereits ad absurdum geführt.

Aber nehmen wir nun noch die Änderungen in der Lehre. Bereits am 18.9.1989 habe ich auf dem 21. Konzil¹⁸ zur dringend notwendigen, grundlegenden Reform der Lehre ausführlich referiert, die im Kollegium des Rektorats entwickelten Eckpunkte einer Reform dargelegt und um Meinungsäußerungen an das Rektorat gebeten¹⁹.

Aus den über 100 Zuschriften und unseren Vorstellungen im Rektorat wurden Standpunkte zur Reform der Lehrerausbildung mit 22 Thesen formuliert, am 14.12.1989 vom Senat grundsätzlich gebilligt und per Flugblatt²⁰ in allen Bereichen der Hochschule mit der Bitte verbreitet, weitere Vorschläge und

¹⁴ Interview mit Prof. Görtemaker vom 27.01.2016, Potsdamer Neueste Nachrichten.

¹⁵ Offener Brief von 25 emeritierten Hochschullehrern der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität vom 23.02.2016. „Richtigstellungen zum Interview von Prof. Görtemaker“ (Potsdamer Neueste Nachrichten vom 27.01.2016).

¹⁶ Marshall, B.: ebenda, S.22.

¹⁷ Marshall, B.: ebenda, S.27.

¹⁸ Gzik, A.: Referat auf dem 21. Konzil vom 18.09.1989, persönliche Aufzeichnungen.

¹⁹ Gzik, A.: Flugblatt: „Aufruf zur Diskussion: Standpunkte zur Umgestaltung der Diplomaltehrerausbildung“ vom 13.11.1989, Hausdruck, WTZ, 1/16/18/11.89/867.

²⁰ Gzik, A.: Flugblatt: „Thesen zur Erneuerung des Diplomaltehrerstudiums an der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam“. 14.12.1989 Hausdruck, WTZ 1/16/18/1.90/9.

Meinungen bis zum 12.02.1990 an das Rektorat einzureichen und mit der Ausarbeitung neuer Lehrkonzeptionen zu beginnen.

Am 28.02.1990 wurde auf dem oben bereits genannten 22. Konzil die Ausarbeitung neuer Lehramtsstudiengänge und deren Einführung zum Wintersemester beschlossen²¹.

Es gab also sehr viel zu tun; und es wurde viel getan! Und das alles bei laufendem Lehrbetrieb.

6. Entwicklungsleitlinien und Vertrauensfrage

Im März/April 1990 fand manche Demonstration statt. Wir erhielten Zuschriften und Meinungsäußerungen, die uns zeigten, dass einige Mitarbeiter und Studenten unsere Vorstellungen und eingeschlagenen Schritte zur Entwicklung der Hochschule noch nicht nachvollziehen konnten.

Um ein besseres Verständnis und eine höhere Akzeptanz zu erreichen, habe ich zum 26.04.1990 den Wissenschaftlichen Rat einberufen.

In meinem Referat²² wurden von mir die Leitlinien der Entwicklung detailliert erläutert, zur Diskussion gestellt und ihre Annahme mit der Vertrauensfrage verknüpft.

Von den 109 abgegebenen Stimmen waren 108 gültig. Es gab:

- 90 Ja-Stimmen = 83,3%
- 18 Gegenstimmen = 16,7%
- 0 Enthaltungen

Diese überwältigende Mehrheit bedeutete für uns: Macht weiter!!!

Und wir haben weiter gearbeitet mit sorgenvollem Blick auf die Währungsunion am 01.07.1990.

7. Probleme der Finanzierung der Hochschule

Auf der Plenartagung des Wissenschaftlichen Rates²³ am 28.06.1990 habe ich die Hochschulöffentlichkeit über die dramatischen Entwicklungen seit der letzten Plenartagung informiert. Schwerpunkte waren u.a. die Gründung der Universität (s.Pkt.3) und die Finanzierung der Hochschule nach der Währungsunion.

So mussten wir bis 30.06.1990 die Mittel aller unserer Konten an den Staatshaushalt der DDR zurückführen. Ab 01.07.1990 erfolgte die Finanzierung durch die Bundesrepublik bei wöchentlicher Bedarfsplanung, aufgeschlüsselt auf die einzelnen Wochentage.

Die Mittelzuweisung erfolgte unter dem Vorbehalt, dass das Budget für das 2. Halbjahr nicht für die Ausfinanzierung unserer Personalkosten reichen würde. So sollte ein Personalabbau erzwungen werden.

Deshalb haben wir beschlossen, die für den Herbst geplante Strukturreform vorzuziehen, selbständige Einheiten auszugliedern und alle Möglichkeiten der Versetzung von Mitarbeitern in den vorzeitigen

²¹ Gzik, A.: Referat auf dem 22. Konzil vom 28.02.1990: „Zum Stand der Reformprozesse an der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam“. Hausdruck, WTZ 1/16/18/3.90/229.

²² Gzik, A.: Referat auf der Plenartagung des Wissenschaftlichen Rates vom 26.04.1990: „Zu einigen Grundlinien der Entwicklung unserer Hochschule“. Hausdruck, WTZ 1/16/18/5.90/402.

²³ Gzik, A.: Referat auf der Plenartagung des Wissenschaftlichen Rates vom 28.06.1990. Hausdruck, WTZ 1/16/18/5.90/40.

Ruhestand, des Übergangs in die Teilzeitarbeit u.a.m. unter strikter Beachtung des Kündigungsschutzgesetzes der Bundesrepublik (gültig auch für uns ab 1.07.1990) zu nutzen.

8. Rücktritt vom Amt

Mit Blick auf den 3. Oktober, dem Tag der Deutschen Einheit, der Etablierung des Landes Brandenburg und damit eines Wissenschaftsministers, haben auch wir uns im Rektorat die Frage gestellt, ob dieser Minister wohl konstruktiv mit einem Rektor zusammenarbeiten würde, der noch zu DDR-Zeiten ins Amt gewählt worden war. Da wir diese Frage nicht klar mit ja beantworten konnten, sind wir als Rektorat auf der Senatssitzung am 04.09.1990 geschlossen zurückgetreten und haben den Senat gebeten, möglichst kurzfristig die Wahl eines neuen Rektorats zu organisieren.

Am 26.09.1990 konnte ich die Amtsgeschäfte an Prof. Mitzner übergeben. Er hat auf der Grundlage des während meines kurzen, aber sehr intensiven Rektorats Erreichten die Brandenburgische Landeshochschule mit Hilfe des Gründungssenats in die Universität Potsdam überführt.

Herr Prof. Prof. Mitzner erhielt für seine Tätigkeit als Rektor viele Ehrungen und Auszeichnungen.

9. Bittere Folgen

Ich erhielt mit Schreiben vom 27.06.1991 zum 01.10.1991 die Abberufung (= Kündigung)²⁴ durch den Wissenschaftsminister des Landes Brandenburg, Herrn Hinrich Enderlein, und wurde damit arbeitslos.

Die Abberufung beruhte auf den folgenden Aussagen der Evaluierungskommission²⁵:

„Wegen zehnjähriger Leitungsverpflichtungen zu wenig originäre Publikationen.“ und „sehr enge wissenschaftliche Problematik, zu wenig aktuell bezogen.“

Diese Aussage ist in mehrfacher Weise sachlich falsch und zum Zwecke der Abberufung so formuliert worden.

Zum Sachverhalt: ich habe von September 1978 bis April 1983 intensiv an der Promotion B²⁶, die später als Habilitation²⁷ anerkannt wurde, zu einem hochaktuellen Thema einer Gruppe von Pflanzenhormonen, den Cytokininen, gearbeitet und diese Arbeit am 28.04.1983 verteidigt²⁸. Die öffentliche Verteidigung war sehr erfolgreich und spektakulär.

Spektakulär, weil bei der Verteidigung fast alle namhaften Wissenschaftler der DDR, die an dieser Pflanzenhormongruppe arbeiteten, anwesend waren: von der Universität Greifswald Prof. Köhler, Dr. Bernhardt, Dr. Conrad, von der Humboldt Universität Prof. Göring, von der Universität Halle Prof. Parthier, Dr. Wollgiehn, Dr. Liebisch, von der Universität Leipzig Prof. Schuster, Dr. Höhne. Darüber hinaus nahmen an der Verteidigung international renommierte Wissenschaftler auf dem Gebiet der

²⁴ Abberufung durch den Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Herrn Hinrich Enderlein zum 01.10.1991, Urkunde vom 27.06.1991.

²⁵ Protokoll der Evaluierungskommission Biologie der Brandenburgischen Landeshochschule vom 26.04.1991.

²⁶ Gzik, A.: Dissertation(B) „Vergleichende Untersuchungen zur entwicklungsphysiologischen Wirkung und zum Stoffwechsel von Cytokininen in *Beta vulgaris* und *Chenopodium album*“. Eingereicht an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam am 03.1983.

²⁷ Anerkennung Dissertation B als Habilitation. Urkunde vom 27.01.1992.

²⁸ Wissenschaftliche Tagung zum Thema „Cytokinine und Cytokininmetabolismus“. Programm, Pädagogische Hochschule Potsdam, Wissenschaftsbereich Botanik, 25.–28.04.1983.

Cytokininforschung des Auslandes teil: Prof. Zweykowska (Polen), Prof. Kefeli (Sowjetunion), Prof. Kaminek, Prof. Kutacek, (Tschechoslowakei), Prof. Karanov, (Bulgarien).

Ich habe nie zuvor und auch nie wieder danach ein nur annähernd so hochkarätiges Auditorium bei einer Verteidigung erlebt. Entsprechend intensiv und auf sehr hohem Niveau verlief die Diskussion.

Die Verteidigung war besonders erfolgreich, was offenbar auch im westlichen Ausland zur Kenntnis genommen wurde. Ich erhielt vom "International Research & Exchanges" Board der USA (IREX) ein Stipendium²⁹ für einen Arbeitsaufenthalt in Forschungsgruppen meiner Wahl. Im Rahmen dieses Stipendiums wurde mir zunächst die Universität in Princeton und die Wirkungsstätte Albert Einsteins vorgestellt. Dann arbeitete ich 7 Wochen bei Prof. Mark Brenner an der Universität von Minneapolis, danach weitere 7 Wochen bei Prof. Roy Morris an der Universität von Columbia. Beide Forschergruppen waren zu dieser Zeit weltweit führend auf dem Gebiet der Pflanzenhormone, besonders der Hormongruppe der Cytokinine.

Wie passt das zu der Einschätzung der Evaluierungskommission: „zu wenig aktuell bezogen“?

Übrigens, der Vorsitzende der Evaluierungskommission war der Rektor, Prof. Mitzner, sein Stellvertreter Dr. Scheel, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Biologie.

Gegen die Entscheidung der Evaluierungskommission habe ich mit Schreiben vom 02.05.1991³⁰ Einspruch eingelegt und diesen ausführlich begründet. Wie aus dem Ergebnisprotokoll der Einspruchskommission vom 24.06.1991³¹ deutlich wurde, sind die wesentlichen Punkte meines Einspruches von der zuständigen Kommission, die wiederum von Prof. Mitzner geleitet wurde und in der Dr. Scheel stimmberechtigtes Mitglied war, gar nicht erst zur Kenntnis genommen worden. Es war ja eigentlich auch nicht zu erwarten, dass die Entscheidung der Evaluierungskommission in der Einspruchskommission mit der gleichen personellen Leitung zurückgenommen werden würde.

Prof. Mitzner hat am 09.05.2015 öffentlich vor Zeugen geäußert, dass es doch gar nicht um meine wissenschaftliche Leistungsfähigkeit, um meine wissenschaftliche Reputation gegangen sei, sondern dass es eine „politisch notwendige Entscheidung“ war.

An dieser Intrige waren neben Prof. Mitzner auch Dr. Scheel und Drs. Baumann³² vom Institut für Biologie maßgeblich beteiligt.

Mit der Abberufung wäre meine weitere berufliche Karriere, aber auch die materielle Sicherheit meiner Familie zerstört worden.

Da ich mir bereits zum Zeitpunkt der Abberufung sicher war, dass diese wegen meiner Tätigkeit als Prorektor und Rektor zu DDR-Zeiten, also aus politischen Gründen erfolgt war, habe ich vor dem Arbeitsgericht Potsdam Klage gegen den Bescheid eingereicht³³.

Das Gericht folgte den sachlichen Argumenten und wies mit seinem Urteil die Abberufung zurück³⁴.

Da das Land Widerspruch gegen dieses Urteil einlegte, wurde die Klage in 2. Instanz vor dem Landesarbeitsgericht verhandelt. Auch dieses sah keinerlei Grund für die Abberufung, da sowohl nach

²⁹ Stipendium des "International Research & Exchanges Board" der USA (IREX), Schreiben vom 19.08.1988.

³⁰ Gzik, A.: Einspruch gegen die Entscheidung der Evaluierungskommission vom 02.05.1991.

³¹ Ergebnisprotokoll der Kommissionsberatung vom 24.06.1991. Leiter der Kommission Prof. Mitzner.

³² Baumann, G. und Baumann, I.: 1990 Briefe an den Rektor A. Gzik.. Privatarchiv.

³³ Klage beim Arbeitsgericht Potsdam, Geschäftszeichen 2Ca 4270/91.

³⁴ Urteil des Arbeitsgerichts Potsdam, Geschäftszeichen 2Ca 4270/91, vom 04.09.1992.

dem Hochschulrahmengesetz der DDR, aber auch nahezu gleich lautend nach den Bestimmungen in der Bundesrepublik, Prorektoren und Rektoren sich in erster Linie um die Belange ihrer Hochschule zu kümmern haben. Und das habe ich unzweifelhaft mit hohem Einsatz, viel Energie und Leidenschaft in dieser bewegten Zeit getan.

Durch den Beschluss des Landesarbeitsgerichts Brandenburg³⁵ wurde das Urteil des Arbeitsgerichts Potsdam rechtskräftig.

Doch das Unrecht setzte sich trotz des rechtskräftigen Urteils an der Universität Potsdam fort. Als ich an der Sitzung des Institutsrates teilnehmen wollte, teilte mir der Geschäftsführende Direktor, Dr. Schell, vor dem versammelten Gremium mit, dass ich Hausverbot hätte.

Mein Rechtsanwalt, Prof. Lässig, versprach, sich sofort um die Angelegenheit zu kümmern. Noch am Abend erhielt ich gegen 22.15 Uhr ein Telegramm mit der Aufforderung, am nächsten Morgen meine Arbeit am Institut wieder aufzunehmen. Dort teilte mit Dr. Scheel mit, dass er keinen Arbeitsplatz für mich hätte, denn die Professur sei inzwischen neu besetzt worden. (Anm.: Die Professur für Pflanzenphysiologie war während des Rechtsstreits in aller Eile als eine der ersten neuen Professuren des Instituts ausgeschrieben und besetzt worden. Meine Klage gegen diese Verfahrensweise vor dem Verwaltungsgericht³⁶ wurde mit der Begründung zurückgewiesen, dass dieses Gericht für den Arbeitsrechtsstreit nicht zuständig sei. Im Falle des Obsiegens am Arbeitsgericht müsse die Universität ebn 2 Professoren mit gleichem Berufungsgebiet beschäftigen).

Der Kanzler der Universität, Herr Prüß, den ich um Klärung der Raumfrage gebeten hatte, wies Dr. Scheel an, mir unverzüglich ein von ihm wenig genutztes Labor und 2 weitere kleine Räume zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus musste ich um eine Grundausrüstung kämpfen, um arbeitsfähig zu werden. Auch gegen die Gehaltsvorstellung der Universität musste ich 2x Widerspruch einlegen, um wenigstens in die niedrigste Gehaltsgruppe für Professoren eingestuft zu werden.

Es trat also genau das ein, was mir mein Rechtsanwalt, Prof. Lässig, sinngemäß vorausgesagt hatte: Wir werden den Arbeitsrechtsprozess gewinnen, denn die Abberufung war rechtswidrig, aber die Universität könne mich durch extreme Begrenzung der Mittel und Ressourcen „kalt“stellen.

Es folgten bis zu meiner Emeritierung (im September 2009) weitere 17 Jahre der Diskriminierung und Demütigung, der Behinderung meiner wissenschaftlichen Karriere. Meine Hoffnung, die Erfahrungen aus meinem Arbeitsaufenthalt in den USA umsetzen zu können, um eine leistungsfähige Forschungsgruppe aufzubauen, wurde durch die Universität zunichte gemacht.

So erhielt ich weniger als 10% an jährlichen Haushaltsmitteln, die der auf meine Stelle trotz des schwebenden Arbeitsrechtsstreits neu berufene Kollege bekam. An den Aufbau einer leistungsfähigen Arbeitsgruppe oder an die Einwerbung von Drittmitteln, bei denen eine Gegenfinanzierung erforderlich ist, war bei den begrenzten Ressourcen nicht zu denken.

Die jährliche Mittelzuweisung für meine experimentelle Doppel-Professur für Biochemie und Pflanzenphysiologie war für mich ebenso wie die Abberufung im Jahr 1991 stets eine Diskriminierung und Demütigung und letztlich für die Universität beschämend. Da meine Professur nicht in der Struktur

³⁵ Beschluss des Landesarbeitsgerichts Brandenburg, AZ 1Sa 723/92 vom 30.10.1992.

³⁶ Beschluss des Verwaltungsgerichts vom 25.10.1991, AZ -32 DK 184/91.

der des Instituts für Biochemie und Biologie angesiedelt war, wurde diese bei der Mittelzuteilung durch die Fakultät auch nicht berücksichtigt. So waren ich und auch weitere in ähnlicher Weise betroffene Professoren, immer auf das Wohlwollen der neu berufenen Kollegen des Instituts angewiesen, die auf einen kleinen Prozentsatz ihrer Berufungszusagen verzichteten. Darüber wurde fast jährlich im Institutsrat öffentlich abgestimmt, was für alle Betroffenen stets äußerst erniedrigend war. Andererseits waren wir jedoch gegenüber der Fakultät verpflichtet, unser erbrachtes Lehrdeputat nachzuweisen, was sich im Umfang nicht von dem der anderen Kollegen unterschied.

Durch die extreme Begrenzung der Ressourcen wurde meine wissenschaftliche Karriere bewusst nachhaltig verhindert. Das Unrecht, das mit der rechtswidrigen Kündigung im Juni 1991 begonnen hat, setzte sich über 17 Jahre fort und besteht bis heute. Ein dunkler Punkt in der Geschichte der Universität Potsdam!